

Infrastrukturabgabe wird neu überdacht

Utl.: Sobotka: Keine eigentumsfeindlichen Maßnahmen setzen=

St.Pölten (NLK) - Experten der NÖ Landesregierung suchen jetzt nach einer neuen, verträglicheren Lösung für die Infrastrukturabgabe, die eigentlich im Jahr 2001 in Kraft treten sollte. Diese Lösung soll nunmehr für alle Seiten, also Gemeinden, Grundbesitzer und Land, tragbar sein. Die Infrastrukturabgabe wurde 1996 im Landtag beschlossen, um der Bodenspekulation entgegenzuwirken.

"Im Zuge der Viertelstake der Regierungsmitglieder haben wir gemerkt, daß die Infrastrukturabgabe bei der Bevölkerung auf großes Unverständnis gestoßen ist", begründet Niederösterreichs ranghöchster Raumgestalter, Landesrat Mag. Wolfgang Sobotka, die Entwicklung. Sobotka sieht in dieser schnellen Reaktion auf die Bürgerwünsche auch eine wesentliche Stärke seiner Fraktion: "Wir zeigen damit natürlich auch, daß Bürgernähe für uns nicht nur ein Lippenbekenntnis ist. Wir sind jederzeit bereit, nach unserem Motto ‚Näher zum Bürger, schneller zur Sache‘ zu handeln."

In Anbetracht dieses aktuellen Anlasses gewinnt die für Montag, 22. März, ab 9.30 Uhr im Landtagssitzungssaal in St.Pölten anberaumte Raumordnungs-Enquete "Perspektiven der Raumentwicklung. Großstadt - Umland - ländlicher Raum" noch mehr Gewicht, gelangen doch hier alle diesbezüglichen grundlegenden Probleme der Raumordnung zur Sprache. Der Eintritt zu dieser ganztägigen Enquete mit Landesrat Sobotka, Gruppenleiter Dr. Gerhard Silberbauer, zahlreichen Fachreferaten namhafter Experten und einer Podiumsdiskussion ist frei. Anmeldungen bei der NÖ Landesakademie unter der Telefonnummer 02742/294-7403.

Rückfragehinweis: Niederösterreichische Landesregierung

Pressestelle

Tel.: 02742/200/2175

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER

VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS ***

181135 Mär 99

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_19990318_OTS0151